Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Wülbergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 45 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).
Die hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und kosten bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen (sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 5,—, vierteljährlich Mk. 15,—.
Anzeigenpreis: die 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1,50, Familienanzeigen Mk. 1,—, Heirats-, Stellmittel- und ähnliche Anzeigen Mk. 2,—, die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 5,—. — Rabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 13845

Nummer 72 — Halle, Montag den 12. April 1920 — 32. Jahrgang

Frankreich in der Sackgasse am Main.

Immer klarer stellt sich heraus, daß die französische Regierung mit ihrer Gewaltpolitik völlig unter dem Einflusse des Marschall Foch und des Generalstabes steht, der derzeitigen eigentlichen Machthaber in Frankreich. Millerand hat sich, indem er der Forderung der Militärpartei, die offenbar auf die Losreißung des ganzen Rheingebietes vom Deutschland hinsteuert, widerstandslos nachgab, eine schwere Niederlage zugezogen, der er vermutlich selbst zum Opfer fallen wird. Denn der Widerstand, den Frankreich mit dieser dem Friedensvertrage streng zuwiderlaufenden Politik bei seinen Verbündeten gefunden hat, ist so energisch, daß die Entente dadurch fürs erste wenigstens gesprengt scheint. Selbst der oft bewährten Geschmeidigkeit der französischen Politik wird es schwer fallen, aus der Sackgasse, in die Frankreich sich verrannt hat, einigermaßen ehrenvoll herauszukommen. Die französischen Militaristen allerdings würden es zweifellos auch auf einen Bruch mit den früheren Verbündeten ankommen lassen, aber es ist doch fraglich, ob die Regierung und die Kammer auf dieser Bahn mitschreitet. Man darf daher den Nachrichten, die von einer baldigen Zurücknahme der französischen Besetzung wissen wollen, einigen Glauben schenken, obwohl auch Nachrichten vorliegen, daß der französische Vormarsch noch weiter, bis nach Stockstadt an der bayrischen Grenze, ausgedehnt wurde und Aschaffenburg bedroht. Dagegen hat sich aber in Bayern ein so starker Widerspruch erhoben und die Reichsregierung hat auf die verhängnisvollen Folgen eines solchen Vorgehens so nachdrücklich aufmerksam gemacht — es würde dadei voraussichtlich zu Zusammenstößen zwischen deutschen und französischen Truppen kommen — daß man sich französischerseits beeilt hat, die Nachrichten von einem Vormarsch auf Aschaffenburg zu dementieren.

Anderseits zeigt das Verhalten der Franzosen in dem neubesetzten Gebiet, vor allem in Frankfurt, sehr deutlich die Nervosität, in der sich die „Sieger" ob des unerwarteten Verlaufs, den der Spaziergang über den Rhein genommen hat, befinden. Die Truppen dort benehmen sich im höchsten Grade herausfordernd, und es ist nur der Besonnenheit der Bevölkerung zu danken, wenn es nicht schon zu weiteren Konflikten gekommen ist. Das Militär hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und drangsaliert die Bevölkerung mit rigorosen Maßnahmen aller Art. Dazu gehört auch ein hochnotpeinliches Gerichtsverfahren gegen den Leiter des Wolffbureaus Dr. Albrecht (früher in Halle) und gegen den Frankfurter Generalanzeiger, weil sie angeblich über den ersten blutigen Zusammenstoß überriebene Nachrichten verbreitet haben. Beide wurden deshalb zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zwischen den Alliierten selbst ist ein lebhafter und nicht eben freundlicher Notenwechsel über den französischen Friedensbruch entstanden, wobei Frankreich die unrühmliche Rolle des Angeklagten spielt und sich recht schwach verteidigt. England hat Herrn Millerand sehr deutlich klargemacht, daß die Durchführung des Friedensvertrages eine gemeinsame Angelegenheit der Alliierten und nicht ein Sondervergnügen der französischen Militaristen ist. Herr Millerand hat sich in seiner Antwort hinter Foch zurückgezogen, der die militärischen Maßnahmen als unvermeidbar und nicht mehr aufzuschieben bezeichnet habe, und er hat sich im übrigen damit begnügt, die unbestimmte und unbegründete Anklage von neuem aufzustellen, daß Deutschland den Friedensvertrag fortgesetzt und systematisch verletze. Im übrigen denke Frankreich nicht daran, etwas ohne die Verbündeten zu unternehmen. Auf dieses halb unverschämte, halb versegende Schriftstück hat Lloyd George bereits eine neue Antwort abgeschickt, die im Laufe des heutigen Tages überreicht werden soll, deren Inhalt aber noch nicht bekannt ist. Aus dem Ton jedoch, den jetzt die englische Presse mit Einschluß der Northcliffblätter anschlägt und aus der energischen Haltung, die insbesondere die italienischen Blätter gegen Frankreich zeigen — das Vorgehen Frankreichs wird darin glatt als ein Bruch des Versailler Friedens bezeichnet — darf man vielleicht schließen, daß Frankreich, wenn ihm die Alliierten auch eine goldene Brücke bauen werden, doch baldigst den Rückzug aus diesem Abenteuer antreten wird, in das es von blindem Haß und der alten Raubsucht verwirrt, hineingetappt ist.

Inzwischen stellt sich auch die neutrale Presse immer entschiedener auf die Seite Deutschlands. Sowohl aus Holland wie auch aus der Schweiz, vor allem aber aus Schweden liegen Nachrichten vor, daß dort der französische Friedensbruch aufs schärfste verurteilt wird. Daß es sich um einen solchen handelt und daß Deutschland mit seinem Protest unzweideutig Recht hat, lehrt eine einfache Durchsicht des Versailler Vertrages. Dieser Vertrag mag noch so barbarisch sein, eines ist nicht in ihm enthalten, nämlich das Recht zur militärischen Besetzung neuer deutscher Gebiete, sei es nun als Bürgschaft oder als Druckmittel. Ebensowenig besteht noch dem Friedensvertrage einer der Unterzeichnete ein gesonderres Vollzugsrecht. Clémenceau damals schon unter dem Drucke der französischen Militärpartei, hat sich bekanntlich auf äußerste bemüht, eine solche Bestimmung noch nachträglich in das Zusatzprotokoll zur Ratifikation des Friedensvertrages hineinzubringen. Deutschland aber hat dagegen aufschärfste protestiert, und es ist mit diesem Einspruch durchgedrungen. Der Oberste Rat hat ausdrücklich anerkannt, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages militärische Zwangsmaßnahmen nicht mehr in Betracht kommen und er hat die Durchführung der Bestimmungen lediglich durch die üblichen, vom Völkerrechte vorgesehenen Verfahren garantiert.

Damit ist, außer dem moralischen auch das urkundliche Recht Deutschlands in dieser Frage klar bewiesen und die Alliierten Frankreichs konnten gar nicht anders als dem deutschen Einspruch stattzugeben. Indem Deutschland gegenüber der Gewaltpolitik Frankreichs an den Völkerbund appelliert hat, hat es das Gewissen der Welt in der zurzeit einzig Erfolg versprechenden Form angerufen. Es scheint, als ob dieser Appell nicht ungehört verhallen wird. Man könnte daraus die Hoffnung schöpfen, daß die Vernunft sich schließlich durchsetzt. Aber wir möchten doch vor allzugroßem Optimismus warnen. Selbst wenn Frankreich jetzt wieder zurückgehen muß, auf der Lauer wird es immer liegen. Und der Friede wird so lange gefährdet sein, als in Paris der Militarismus herrscht, den die Entente angeblich vernichten wollte.

Die Militärherrschaft in Frankreich.

ch London, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Vorgeschichte der französischen Besetzungen liefern die Londoner Zeitungen einige kennzeichnende Mitteilungen. Aus den Pariser Berichten der Northcliffblätter ergibt sich, daß Millerand eine Note an den Führer der deutschen Delegation, Göppert, entworfen hatte, in der er eine 24stündige Frist stellte. Millerand konnte aber diesen Vorschlag bei Foch nicht durchsetzen. Der Oberbefehlshaber forderte unverzügliche Besetzung, ohne vorherige Androhung durch ein Ultimatum, von der Uebergegangung ausgehend, daß man durch Ueberrumpelung Blutvergießen am leichtesten verhüten könne. Diesen Argumenten beugte sich Millerand und beschloß, die Berliner Regierung vor eine ausgemachte Tatsache zu stellen. Diese Episode, von „Daily Mail" und anderen Blättern in kleingedruckten Depeschen registriert, wirft ein grelles Schlaglicht auf die politische Machtlosigkeit des Kabinetts Millerand, das, noch viel mehr als das Ministerium Clémenceau, den militärischen Wünschen preisgegeben ist, sich der Diktatur des französischen Generalstabs, der auf den Rücktritt des „Matin", „Echo de Paris" und „Eclair" jederzeit rechnen kann, nicht mehr zu erwehren vermag.

Baldige Räumung Frankfurts?

Der Pariser Berichterstatter der „Idea Nazionale" meldet nach einer Drahtung, die der „Vossischen Ztg." aus Rom zugeht: Frankreich sei bereits bemüht, einen ehrenvollen Ausweg aus der peinlichen Lage angesichts der Haltung seiner Verbündeten zu suchen. Frankreich sei bereit, Frankfurt zu räumen, wenn die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen würden. In unseren Kreisen in Paris verscheucht man, daß der Rückzug der Franzosen nur noch eine Frage von Tagen sei.

Hoffentlich bestätigt sich diese optimistische Auffassung! Wir vermögen sie nicht ganz zu teilen.

Die neue englische Note.

Berlin, 12. April. Ueber den Inhalt der neuen englischen Note an Frankreich weiß der „Corriere della Sera" einige Einzelheiten mitzuteilen. Die Note beschuldige die französische Regierung der Ungenauigkeit. Millerand behauptete in seinem Memorandum, die französische Besetzung Frankfurts und der anderen Städte sei in Uebereinstimmung mit den anderen Verbündeten erfolgt, während sich England und die übrigen Alliierten wiederholt geweigert hatten, diese Besetzung gutzuheißen. Ferner sei in der letzten Note die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Frankreich kein zweites Mal aus eigener Initiative handeln würde, weil sonst die Arbeit der Konferenz illusorisch werden würde. Das Mailänder Blatt sagt weiter, der französische Botschafter habe dem englischen Minister des Auswärtigen ausführliche Erklärungen über die Politik gegeben, so daß man auf die Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten noch vor der Abreise Lloyd Georges nach San Remo hoffen dürfe.

Das holländische Kreditabkommen mit Deutschland.

(Von unserem Korrespondenten.)

Haag, 10. April. Von unterrichteter Seite wird mir über die für Mitte April anberaumten Vorbesprechungen der holländischen Wirtschaftskommission mit Vertretern des französischen Finanzdepartements, betreffend die an Deutschland zu gewährenden Kredite, folgendes mitgeteilt: Die niederländische Abordnung, die ihre Abreise nach der französischen Hauptstadt vorbereitet, besteht aus zwölf Mitgliedern. Während der Konferenzen wird die Besetzung des einen und andern Fachmannes aus Holland vorausset sein. Es handelt sich für die holländische Regierung darum, die Tatsicherung des Kreditabkommens mit Deutschland und die Durchführung des Uebereinkommens selbst in vollstem Einklange mit den Wünschen Frankreichs zu bringen. Da ja die Pariser Regierung, auf Grund der Erklärungen ihres Ministerpräsidenten Millerand, selbst die Initiative zu der Verwirklichung eines großzügigen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland ergreifen will, so ist es zweckmäßig, sich mit den französischen Regierungsvertretern nicht bloß über die Grenzen auszusprechen, die dem holländisch-deutschen Abkommen gesteckt werden sollen, sondern auch ein Zusammengehen, soweit das möglich erscheint, zu erreichen. Ueberdies darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß die französische Regierung ihre Unterhandlungen über die Durchführung eines Kreditabkommens mit Holland beschleunigt sehen möchte. Infolgedessen ist ein enger Zusammenhang zwischen den beiden Kreditoperationen Hollands — mit Deutschland und mit Frankreich — vorhanden. Die Gesichtspunkte der letzten Tage dürften die Besprechungen in Paris nicht wesentlich beeinflussen. Es wird uns aus Paris versichert, daß die durch Besetzung Frankfurts entstandene politische Spannung nicht zu ernsten Weiterungen führen werde, weil die Zurückziehung der deutschen Polizeitruppen aus dem neutralen Gebiete wohl noch vor dem Zusammentritte der Konferenz in Paris erfolgen würde.

Der Wahlkampf und die Koalition.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Wenn die Nationalversammlung heute wieder zusammentritt, wird sie in den letzten Tagen ihres Bestehens in größter Hast noch einen ziemlichen Berg von gesetzgeberischen Arbeiten abzutragen haben. Es steht schon jetzt fest, daß sie damit nicht fertig werden wird. Wäre es anders, so würde die Behauptung, daß die Wahlen erst im Herbst stattfinden könnten, weil die Fülle des der Nationalversammlung noch vorliegenden gesetzgeberischen Materials nicht zu bewältigen wäre, der tatsächlichen Unterlage entbehrt haben. Der Hauptgrund für eine Verzögerung der Wahlen, die von der rechtsstehenden Presse und von den Kapp-Lüttwitz-Leuten als Verfassungsbruch bezeichnet worden ist, war aber die Gefahr, daß der Wahlkampf in den Abstimmungsgebieten die notwendige Geschlossenheit des Deutschtums zerbröckeln würde. Diese Gefahr tritt nun ein. Wir wissen, daß aus den Abstimmungsgebieten sichtbarliche Kundgebungen an die Reichsregierung gelangen, man möchte dort unter allen Umständen vor der Abstimmung keine Wahlen vornehmen. Die sachlichen Bedenken gegen die Wahlen vor Abschluß der Abstimmung werden nun klar hervortreten.

Eine Waffe im Wahlkampfe sollte die Nebenregierung der Gewerkschaften werden. Auch hier beginnt sich die Lage nach der rein demokratischen Seite hin zu verbessern. Mollenbuhr ist wegen seiner Unterschrift unter dem Gewerkschaftsmanifest desavouiert worden, der Bauarbeiterbund hat sich zurückgezogen, Reichskanzler Müller ist deutlich abgerückt. In zwei, drei Wochen dürfte sich die ganze Angelegenheit, die allerdings höchst gefährlich wäre, wenn sie eine dauernde Einrichtung geworden wäre, in Nebel auflösen. Die Haltung der sozialdemokratischen Partei innerhalb der Koalition ist noch nicht ganz geklärt. Die Befreiung unter Scheidemanns Führung, sich von der Koalition zu trennen und mit den Unabhängigen gemeinsam vorzugehen, stößt allmählich auf Widerstand. Selbstverständlich werden die drei Mehrheitsparteien, die man besser Verfassungsparteien nennen sollte, nicht einen gemeinsamen Wahlkampf führen können, aber ihre gemeinsame Parole wird der Ausbau der Demokratie und die Sicherung der Verfassung gegen Angriffe von rechts und links sein.

Die Erklärung des Kanzlers.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die Rede, mit der der Reichskanzler heute die Sitzung der Nationalversammlung einleiten wird, soll, wie wir hören, etwa 24 Stunden dauern. In ihr wird der Kanzler nicht nur die internationale Lage, wie sie durch den französischen Uebergriff geschaffen ist, behandeln, sondern auch über die innere Politik sprechen. Innerhalb der Koalitionsparteien, die sich am gestrigen Sonntag zu interfraktionellen Besprechungen zusammenfanden, wurde erwogen, nur kurze Erklärungen abzugeben. Der Aeltestenrat, der vor der Vollsitzung zusammentreten soll, wird sich darüber, wie über die Verteilung der Geschäfte während der letzten Lebenstage der Nationalversammlung endgültig schlüssig machen.

Die Hoffnung Hindenburgs.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken" bringt den Abschluß von Hindenburgs Erinnerungen. Aus Hindenburgs Darstellungen der Novembertage ist unter anderem die Mitteilung bemerkenswert, daß General Groener auf der Rückreise von Berlin, wo er vergeblich den Gang der Dinge aufzuhalten versuchte, am 6. November abends nur durch einen Zufall in die Hände der Aufständischen fiel. Der Feldmarschall schließt seine Erinnerungen mit einem zuversichtlichen Ausblick: „Deutschland wird nicht zugrunde gehen, solange es den Glauben an seine weltgeschichtliche Mission behält. Wenn erst der nationale Gedanke und das nationale Selbstgefühl wieder auferstanden sind, werden sowohl aus diesem Kriege, auf den kein Volk mit berechtigerem Stolze zurückblicken kann als das unsrige, wie aus dem Ernst der jetzigen Tage wertvolle geistige Früchte für uns reifen. Mit diesem Trost lege ich die Feder nieder. Ich bane fest auf dich, du deutsche Jugend."

Das Ende der dänischen Krise.

Kopenhagen, 11. April. Wie gestern das Landsting nahm nun auch das Folketing das neue Wahlgesetz mit den Stimmen der Konservativen, Radikalen und Sozialisten an. Nach dem neuen Gesetz wird nach den Listen in größeren Distrikten abgestimmt werden. Die Neuwahlen sind für den 22. April angesetzt.

(Das neue Wahlgesetz war eine Vorbedingung für den Abschluß des inneren Friedens.)

Truppen gegen die vogtländischen Kommunisten.

Plünderungen und Brandstiftungen durch die Banden des Hölz.

Dem verbrecherischen Treiben des vogtländischen Bandenführers Hölz soll nun endlich ein Ende gemacht werden. Gegen die Banden, die das ganze Vogtland, vor allem aber die Falkensteiner Gegend und die Stadt Plauen branglasieren, ist eine umfassende militärische Aktion im Gange. Hölz und seine Bande haben schon auf die bloße Ankündigung dieser Maßnahmen mit Plünderungen, Geiselverschleppungen und Brandstiftungen geantwortet, sind aber danach verschwunden. Wir erhalten über die Vorgänge, die ganz Sachsen in Aufregung setzen, folgenden Drahtbericht unseres Dresdener Mitarbeiters:

bd. Dresden, 12. April.

Seit Sonnabend durchzieht Plauen und wahrscheinlich das ganze Vogtland schwere Stunden. Es ist durch eine Indiskretion einer Berliner Amtsstelle bekannt geworden, daß die militärischen Maßnahmen der Regierung nun endlich nach drei Wochen bangen Wartens in Gang kommen sollen. Es sind auf Umwegen Truppen nach dem Vogtlande unterwegs, nicht nur aus Sachsen, sondern auch aus Bayern, Schlesien, aus Norddeutschland und aus dem Ruhrgebiet. Selbstverständlich vollzieht sich der Einmarsch der Truppen nicht so schnell, wie die geängstigten Einwohner im Vogtlande, namentlich aber in Plauen glauben, vielmehr dürfte noch Mitte der Woche herankommen, ehe der konzentrische Vormarsch gegen das Hauptquartier der vogtländischen Kommunisten beginnen kann.

Inzwischen nutzen diese die ihnen gegebene letzte Frist noch zu Greueltaten schlimmster Art aus. Sie erfüllen alles das, was Hölz angedroht hat, und was manche vielleicht nicht ganz ernst genommen haben. Am Sonnabend abend kam es hier zu schweren Ausschreitungen der Hölzleute roten Garde. Plünderende Banden durchzogen die ganze Stadt und drangen in Läden und Privathäuser ein, aus denen sie verschiedene Persönlichkeiten als Geiseln verschleppten. Gegen 8 Uhr erschien eine Bande von etwa 16 Mann im Kaffee Trömel, plünderte die Gäste aus und nahm Zigarren, Zigaretten, Likör, Kognat usw. mit. Auch wurde dem jungen Trömel die Taschenuhr weggenommen und 10 000 Mark erpreßt mit der Drohung, sonst die beiden Besitzer des Kaffeehauses erschießen zu wollen. Ob diese Bande zur Hölz-Garde gehört, hat sich noch nicht feststellen lassen. Auch in einem Weinlokal wurden die Gäste gehörig ausgeplündert. Auch in der Nacht aber räumten die Wegarbeiten die von ihnen besetzte Kaserne und das Rathaus, sowie den Bahnhof und fuhren sodann unter Mitnahme der Geiseln nach Falkenstein ab. In der Stadt Plauen ist nach dem Abzug der roten Garde Ruhe eingetreten. Die Reichswehrtruppen waren bis zum Nachmittag noch nicht eingerückt. Schlimm ist es nach in Falkenstein hergegangen, dem Hauptquartier des Hölz. Hier hat er fast der schönsten Villen in Brand stecken lassen. Es wurden Möbel und Betten mit Benzin übergossen und dann das Gange angezündet. Die Gewehre, die den Einwohnern abgenommen wurden, wurden gleichfalls verbrannt, offenbar, um sie nicht in die Hände der Reichswehr fallen zu lassen, da man sie doch nicht verwerten kann.

Ueber die eigentliche Tätigkeit des Hölz selbst laufen widersprechende Nachrichten um. Er hat jedenfalls Falkenstein eine Zeit lang verlassen gehabt, und fuhr mit etwa 200 seiner Anhänger in Kraftwagen nach der böhmischen Grenze. Ob er diese hat überschreiten wollen oder von den tschechischen Grenzposten zurückgewiesen wurde, das sich bisher nicht feststellen lassen. Jedenfalls ist er nach Falkenstein zurückgekehrt. In Klingenthal hat er den von Plauen mitgeschleppten Schriftleiter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Graetzig, freigelassen, dagegen sind verschiedene wirkliche und angebliche Reichswehrangehörige nicht entlassen worden. In Plauen wurden die Glocken geläutet, um die Bevölkerung auf den Einmarsch der Reichswehrtruppen aufmerksam zu machen. In der einen Kirche wurde der Kirchner mit vorgehaltenem Gewehr zum Läuten gezwungen, in einer anderen Kirche schlugen Aufgeschreckte die Tür ein und stürmten selbst hinauf. In der Lutherkirche wurde zunächst die Nichte des Pfarrers als Geisel mitgeschleppt. Die rote Besatzung der Kaserne verließ diese in Lastautos. Den Schutzleuten auf der Straße nahmen die Aufgardisten die Revolver ab. Einige Villen wurden geplündert, teilweise unter Androhung des Erschießens; auch wurden noch einige Pferde und Wagen geraubt. Leider besteht noch die Möglichkeit für Hölz, viel Unheil anzurichten, da die sächsischen Truppen erst in der Umgebung von Chemnitz angelangt sind und auch der Anmarsch der übrigen Reichswehrtruppen sich noch etwas hinzögern wird. Jedenfalls ist vor Ablauf von 2—3 Tagen nicht an eine entscheidende Aktion zu denken. In dieser Zeit kann ein so entschlossener Mensch wie Hölz selbstverständlich ganz außerordentlich viel Unheil anrichten. Wieviele Anhänger er eigentlich hat, ist immer noch nicht zuverlässig festgestellt. Die Zahl schwankt zwischen 150 und 1700, indessen ist die letzte Zahl wohl ziemlich übertrieben. Die Drahtverbindung mit Klingenthal, Auerbach und Falkenstein ist seit Sonntag nachmittag unterbrochen, angeblich durch Hölz selbst. Der Chemnitzer Vollzugsrat erläßt einen Aufruf, worin er Mitteilung macht, daß die Reichswehr in verschiedenen Orten der Umgebung von Chemnitz eingetroffen sei und droht, daß der verschärfte Generalstreik sofort beginnen werde, wenn etwa die Truppen in Chemnitz einrücken. Die Bevölkerung wird aber dringend aufgefordert, jede unbesonnene Handlung zu unterlassen, damit der Militärgewalt keinerlei Anlaß oder Vorwand zum Einrücken gegeben werde. Die Kommunistenpartei in Chemnitz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200412018/fragment/page=0001

verbreitet ein Flugblatt, worin zum Generalstreik aufgefordert wird, dürfte aber damit nicht viel Gegenliebe finden.

*

bd. **Dresden**, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das militärische Vorgehen gegen Höfs soll mit größter Beschleunigung vorgenommen werden. Leiter der militärischen Operationen ist Generalleutnant Stolzmann, ein geborener Hesse, der zunächst vorläufig mit der Leitung des Wehrkreises IV beauftragt worden ist. Er hat sich schon 1918 der Republik angeschlossen und ist ihr seitdem immer treu geblieben.

Der rote Schrecken in Falkenstein.

Ueber die Greueltaten des Höfs und seiner Bande in Falkenstein wird dem „Vok.-Anz." noch berichtet:

Höfs kam gegen Abend 11 Uhr im Schloß an. Im Schloß herrschte dann bald darauf reges Leben. Musik ertönte, und Weiber kreischten. Höfs hielt unter lautem Beifall wieder eine Rede. Dann trat das Brandkommando in Tätigkeit. Nicht weniger als fünf der schönsten, großen Villen wurden nach und nach in Brand gesteckt. Gegen 3 Uhr glich die Stadt einem Flammenmeer. Es brannten die Villen von Baumeister Kaiser, Fabrikbesitzer Thoren, Kaufmann Krötenheerd, Kaufmann Franz Lange und Baumeister Baumann. In verschiedene andere Wohnungen wurden Handgranaten geworfen und die Wohnungen zerfetzt. Niemand in der Stadt schlief; alles hatte geängstigt auf den Tagesanbruch. Inzwischen brannte es noch auf dem Hof des alten Amtsgerichtsgebäudes. Dorthin hatte Höfs alle Waffen, die von den Bewohnern abgeliefert worden sind, zusammengetragen und verbrennen lassen. In der sogenannten Kaserne, wo die Rote Garde hauste, hat diese alles vernichtet. Nachdem Höfs mit seiner Roten Garde das Werk vollbracht hatte, verließ er mit seinen Leuten und den Geiseln, darunter der Obergendarm, in acht Automobilen die brennende Stadt und verschwand nach Klingenthal, nahe der Grenze. Dort soll Höfs heute ebenfalls stark gehaust haben.

Die Gefahr eines Generalstreiks im Vogtlande.

Chemnitz, 11. April. Bei der Abstimmung, ob für den Fall, daß Reichswehr in das Vogtland gesandt wird, ein Generalstreik eintreten solle, stimmten 26 000 für und 44 000 gegen den Generalstreik. Dennoch erließ die kommunistische Partei ein Extrablatt, das den Generalstreik fordert. Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, gilt ein Erfolg dieser frivolen Propaganda als unwahrscheinlich.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat erledigte am Sonnabend den zweiten Teil des Notetats für 1920, der Eingaben enthält. Im Etat des Ministeriums des Innern wurde die Forderung von 6 Millionen Mark für die Strompolizei, die insbesondere die Nahrungsmitteltransporte überwacht, auf 4 Millionen herabgemindert. Die Forderung von 1,75 Millionen für die Unterhaltung der Reichskriminalpolizei wurde gestrichen, weil man das einsprechende Gesetz abwarten wollte. Minister Dr. David betonte, daß gerade die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen hätten, wie notwendig ein einheitliches Zusammenarbeiten der gesamten deutschen Kriminalpolizei sei. Deutschland sei heute geradezu ein Dorado für alle möglichen Leute, die aus ihren Namen und uns mit ihrer Agitation bemühigten. Wenn sie aus einem Lande ausgewiesen würden, ließen sie sich in einem anderen nieder. — Im Etat des Reichswehrministeriums wurden die als außerordentliche Ausgaben eingesetzten 26 Millionen für die Unterhaltungskosten der Truppen in der neutralen Zone gestrichen. Der Reichsrat war der Meinung, daß erst das Ergebnis der Verhandlungen mit der Entente abgewartet werden müsse.

Weiter ist noch zu erwähnen, daß im Etat des Wirtschaftsministeriums 30 Millionen Mark als Verzinsung an die Presse bewilligt wurden. Die Frage, wie der Presse weiter geholfen werden soll, soll noch offen bleiben bis zur Erledigung einer Vorlage, die das Reichswirtschaftsministerium dem Reichsrat machen wird. — Im Postetat wurden 10 000 neue Beamtenstellen bewilligt. Wie mitgeteilt wurde, wird sich der Feldbetrag der Postverwaltung für das abgelaufene Etatsjahr auf 370 Millionen Mark belaufen.

Der Wiederaufbauminister.

Es steht nun fest, daß das Amt des Wiederaufbauministers während des Uebergangskabinetts Müller nicht wieder besetzt wird. Die Demokraten, die, nachdem die Sozialdemokraten das Auswärtige einem der Ihrigen übertragen hatten, den Anwärter zu stellen gehabt hätten, haben endgültig verzichtet. Sie haben damit ein Beispiel gegeben für eine sachliche Behandlung solcher Dinge.

Scheidemann über den Kampf mit geistigen Waffen.

In Kassel sprach gestern Abg. Scheidemann über die politische Lage. Er führte u. a. aus, daß die sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei sei, weil sie die Produktion, die Wirtschaft und die Köpfe revolutionieren wolle. Dies solle jedoch auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen. Die sozialdemokratische Partei wolle den Kampf mit geistigen Waffen führen und nicht mit Gewalt. Gewalt bedeute Bruderkrieg, den man schaudernd im Ruhrgebiet erlebt habe, wo schließlich auch die U. S. P. D. nach Beseitigung vom Terror der Kommunisten durch die Reichswehr gerufen habe. Der Redner setzte sich dann mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auseinander und kam auf den Putsch von Kapp und Genossen zu sprechen, auf deren Schuldkonto die Zerstörungen in Thüringen, in Sachsen und im Ruhrrevier lämen. Aber nicht nur die Gewaltanwendung von rechts, sondern auch die von links habe auf den geschlossenen Widerstand der großen Volksmehrheit stoßen. Gegen die kommunistische Rätediktatur würden sich wiederum außer den anderen Volksteilen auch die Mehrheit der Arbeiterschaft und das ganze Handwerk erheben. Scheidemann sprach dann von der Spaltung der sozialdemokratischen Partei, die das größte Unglück darstelle, das der Arbeiterschaft hätte widerfahren können, und betonte die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft wieder zusammenzubringen. Zum Schluß erörterte der Redner die französische Besetzung von Frankfurt, Darmstadt usw. und beschäftigte das Verhalten der Franzosen als skandalös. Bedroht würden im Ruhrgebiet lediglich Gesundheit und Eigentum der Einwohnerschaft, Industriewerke und Bergwerke, nicht aber das noch immer in Waffen starrende Frankreich. Noch schmerzlicher als das Verhalten der französischen Regierung sei das Schweigen der französischen Sozialisten zu allen diesen Maßnahmen.

Preußische Generalsynode.

In Berlin ist am Sonnabend die außerordentliche Tagung der 7. preußischen Generalsynode durch den Vorsitzenden des Generalsynodalvorstandes Landrat a. D. Winckler-Merseburg eröffnet worden. Dieser wurde durch Zuruf aufs neue zum Vorsitzenden gewählt. Aus der Eröffnungsansprache ist weiter zu erwähnen, daß der Präsident des Evang. Oberkirchenrats Dr. Möller des Hohenzollernhauses als des bisherigen Schützers der Kirche gedachte, und den drei das Kirchenregiment führenden Staatsministern für ihre vornehme Zurückhaltung und ihr Entgegenkommen dankte. Aus der Landeskirche sind 2128 Pfarrer und Kandidaten ins Feld gegangen, davon 1179 gefallen. Ueber die Besoldungsfrage können noch keine endgültigen Mitteilungen gemacht werden.

Der Vertreter der theol. Fakultät der Universität Halle, Geh. Konsistorialrat Prof. Kattenbusch, hat seinen Auftrag zurückgegeben.

Das Alliierten-Joch in Oberschlesien.

Am 10. April abends 9 Uhr erhielt der Erste Staatsanwalt Fipper in Beuthen von der interalliierten Kommission in Oppeln ohne Angabe von Gründen den Befehl, bis 11. April Mitternacht Beuthen zu verlassen. Fippers Einwendung, daß seine Abreise aus verschiedenen Gründen kaum möglich sein würde, wurde für unbegründet erklärt, und es wurde ihm eröffnet, daß zwei französische Sicherheitsbeamte in seiner Wohnung sein würden, um seine Abreise zu überwachen!

Rumänische Folterknechte.

Das ungarische Telegr.-Korresp.-Bureau meldet: Das rumänische Kriegsgericht begann am 29. März die Verhandlung im Hochverratsprozeß gegen den Jugendverband in Temesvar. Angeklagt sind 44 Personen, meist 16 bis 17jährige Studenten. Die Anklage lautet auf Verschwörung gegen die innere Sicherheit des rumänischen Staates. Nach der Anklageschrift sollten die rumänischen Truppen in Temesvar in der Nacht zum 16. Februar entwaffnet werden. Die Unsinnigkeit der Anklage geht aus der Tatsache hervor, daß in den Jugendverband nur 17 bis 18jährige Studenten aufgenommen wurden, die durchaus unfähig gewesen wären, die rumänische Garnison zu entwaffnen. Die Angeklagten erklärten übereinstimmend, daß sie das Geständnis bei Gendarmerie und Untersuchungsrichter nur nach fürchterlichen Folterqualen abgelegt hätten. Der Vorsitzende, ein rumänischer Oberst, bemerkte ironisch, ob der vielgepriesene Mut der Rumänen so weit reiche, daß sie sich durch Mißhandlungen zu beliebigen Aussagen verleiten ließen. Auf die Entrüstung der Zuhörerschaft drohte der Vorsitzende jeden, der es wage, sich über das Vorgehen der Rumänen abfällig zu äußern, vor ein Kriegsgericht zu stellen!

Kleine Chronik.

Revolutions-Romantik.

S. H. Eine heitere „Erzieherin" haben die Naumburger Revolutionskampftruppen gelegentlich des Kapp-Putsches gemacht. Sie erinnerten sich, daß die altehrwürdige Rudelsburg, die Franz Kugler in seinem Lied „An der Saale hellen Strande —" so schön besungen hat und die oberhalb des Saalbades Köthen auf steiler Felswand am rechten Ufer der Saale aufragt und ein vielbesuchter Ausflugspunkt ist, bereits 1348 von den Naumburgern erobert worden war. Obgleich die im 14. Erbfolgekriege und den Hussiten-Kriege nur noch eine Ruine ist, hatte irgend jemand den Naumburgern erzählt, daß dort oben ein großes Waffenlager der Naumburger Bürgerschaft versteckt sei und zu zogen die tapferen „Kämpfer" mit Gewehren, Pistolen und sogar einem Maschinengewehr ausgerüstet das Saaletal hinauf, um die alte Rudelsburg ebenfalls zu „erstürmen". Ein paar frühere Feldsoldaten führten die Belagerung und Erstürmung höchst kunstvoll durch, mußten sich jedoch zu ihrem Schmerze davon überzeugen, daß die ehrwürdige Saalevefte gar keinen Widerstand leistete, dieweil die Burgbesatzung nur aus der Frau des Burgwirtes und einem einsamen Gaste bestand. Außer einer Anzahl Flaschen feiner Bierkannen wurde überhaupt nichts vorgefunden. So zogen die Naumburger wieder fürbaß.

Das gestohlene Sanatorium.

Was heutzutage auf kriminalistischem Gebiete alles möglich ist, davon gab eine Verhandlung einen Beweis, in der sich drei junge Leute aus Hartau und Weißstein wegen fortgesetzten Diebstahls zu verantworten hatten. Sie hatten es fertig gebracht, das im Bau begriffene fürstliche Sanatorium in Bad Salzbrunn in ihren Einrichtungen nach und nach wieder — abzubauen und alle irgendwie verwertbaren Materialien zu stehlen. Dieses kaum glaubliche Gaunerstück vollführten sie nicht etwa geheim, sondern völlig öffentlich am hellichten Tage. Nachdem der Bau des Sanatoriums im vorigen Jahr vorgar Materialienmangels eingestellt werden mußte, hoben sich die findigen Diebe mit unglaublicher Dreistigkeit alle verwertbaren Einbauten nach und nach ab, fuhren bei Tage frech mit Pferd und Wagen vor, brachen die Schienen, Träger, Röhren und Fliesen im Werte von vielen Tausenden von Mark Stück aller Leute Mauern heraus und führten mit ihnen auf und davon, um dann die Materialbeute bei verschiedenen Firmen des Waldenburger Industrieviertels zu verkaufen. Auf diese Weise eigneten sie sich Werte im Betrage von — achtzigtausend Mark zu! Die Strafkammer verurteilte zwei der Beteiligten angesichts des bewiesenen beispiellosen Raffinements zu je 2½ Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den dritten Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Die Papiernot.

Bezeichnend für die gegenwärtige Papierverteuerung und Papiernot ist folgendes Angebot einer Leipziger Großhandlung: „Ohne einen Pfennig Geld erhalten Sie ein Pfund Vollheringe, ein Pfund Tafelspeck, drei Pfund Rotkohl oder drei Pfund Sauerkraut und ein Pfund Speisen-Würze bei Abgabe von zehn Pfund Zeitungspapier."

Schuldenfreie Städte.

So etwas gibt es heute noch! Bei einer Holzauktion in Elbingerode (Harz) wurden ganz unglaubliche Preise erzielt — für ein Raummeter Werkholz bis zu 1200 M., für ein Raummeter Brennholz bis zu 200 M. Der Gesamterlös bei der Auktion betrug 147 000 M. Bei gleichen Verkäufen hatte man in früheren Jahren kümmerlich nur ein paar Hundert Mark erzielt. Der Magistrat hat den Reichstum, den die Holzauktion über ihn gebracht, benutzt, um sämtliche Schulden der Stadt zu tilgen. Elbingerode ist jetzt eine schuldenfreie Stadt. — Eine unterfränkische Gemeinde Kesselostheim (Unterfranken) werden keinerlei Gemeindesteuern erhoben; jeder Bürger erhält in diesem Jahre sogar noch 2 Festmeter Holz, 100 Wellen Reisig und 400 M. Bargeld. Also auf nach Kesselostheim!

Der jüngste deutsche Minister.

Der zum sächsischen Finanzminister ernannte demokratische Abgeordnete der sächsischen Volkskammer Dr. Peter Reinhold ist im Augenblick der jüngste deutsche Minister. Er zählt erst 33 Jahre. Das gleiche Alter hatte der bekanntlich während der letzten preußischen Kabinettskrise für den Posten des Ministerpräsidenten vorgesehene Ministerialdirektor Kraft, von dessen Ernennung aber gerade wegen seiner Jugend abgesehen wurde.

Gefängnis für Silberschieber.

Das Sondergericht des Saargebiets für Wucher in Saarbrücken verurteilte den Kaufmann Peter Schmelzer aus Saarbrücken, der 26 000 M. deutsches Silbergeld in Elsaß-Lothringen verkauft hatte, zu neun Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Seine Frau erhielt vier Monate Gefängnis, während ein dritter Schieber zu 20 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Explosion eines Artilleriedepots.

In Königsberg fanden im Lager der Gesellschaft für Heeresgut nördlich Rothenstein große Explosionen statt. Als Ursache kommt anscheinend Selbstentzündung beim Zerlegen von Wurfminen in Frage. Die Umgebung wurde sofort abgesperrt. Die Zahl der Opfer ist noch nicht zu übersehen. Im Leichenschauhause befanden sich sieben Todesopfer des Rothensteiner Unglücks. Jedoch dürfte deren Zahl damit nicht erschöpft sein. Im städtischen Krankenhaus haben um dieselbe Zeit gegen 200 Verletzte Behandlung gefunden. Der in der Stadt und Umgebung angerichtete Schaden, namentlich an zertrümmerten Fensterscheiben, geht in die Hunderttausende.

Neue deutsche Briefmarken.

Durch die geplante Erhöhung des Portos werden nicht, wie vielfach angenommen, eine ganze Reihe von Postwertzeichen überflüssig. Das Reichspostamt schreibt: „Gegenwärtig sind 18 Markenforten im Gebrauch. Bei Einführung des geplanten neuen Tarifs kommt keine der bestehenden niederen Markenforten in Wegfall, insbesondere also auch nicht die zu 5, 15 und 75 Pfennig. Die 5-Pfennig-Marke ist auch weiterhin zum Freimachen der Zahlkarten bis 25 Mark erforderlich, die 15-Pfennig-Marke zum Freimachen der Drucksachen im Auslandsverkehr und die 75-Pfennig-Marke zum Freimachen der Westpakete in der Nahzone. Die durch den Stand der deutschen Valuta hervorgerufene weitere Verteuerung des Postverkehrs im Auslandsverkehr macht außerdem noch die Einführung neuer hochwertiger Marken erforderlich, so daß sich die Zahl der künftig zu führenden Markensorten nicht nur nicht verringern, sondern gegen jetzt noch vermehren wird.

Die Zeit der Kirchenräuber.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in Cammin (Dom, einer der ältesten Kirchen Norddeutschlands, verübt. Dieberbe fiel u. a. den Verbrechern ein Kelchpaar, aus der 14. Jahrhundert stammendes Kruzifix aus der Werkstatt des berühmten Danziger Goldschmiedes Manker in die Hände. Das Kruzifix, das einen hohen Kunstwert besitzt, ist roh von dem Ebenholzkreuz losgebrochen worden.

Braunschweiger Gemüse.

In einer angeblich kommunistischen Herberge in Braunschweig verhaftete die Sicherheitspolizei den Kommunisten und Stellvertreter Karl Schardt. Man fand in seinem Taschen und in seiner Wohnung zahlreiche falsche Zwangs- und Fünfzigmarkscheine und alle Einrichtungen für eine Falschmünzerei Banknotendruckerei. An diesen Falschmünzereien hat sich auch der Tapezierergeselle Robert Gehrke beteiligt, der steckbrieflich verfolgt wird. Gehrke hatte in der ersten Revolutionstagen die Zeitungen und die Filiale des Welfen-Bureaus in Braunschweig als „Zeiger" terrorisiert. Auch Kapitän Werner wird von der Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruch, begangen am 15. März 1920 in Schöningen, steckbrieflich verfolgt.

Letzte Telegramme.

Aus dem Ruhrgebiet.

B. Berlin, 12. April. Die Waffenabgabe im Ruhrgebiet läßt noch immer zu wünschen. Zwischen den zivilen Stellen finden Verhandlungen statt, um die Waffenablieferung zu steigern. Inzwischen sind neue Schadenanmeldungen eingelaufen. Dinslaken meldet 7, Duisburg 4, Essen 10 Mill.

In den ersten Tagen des Kapp-Putsches wurde im Ruhrrevier eine Reichswehrtruppe von 1000 Mann auf englisch-besetztes Gebiet abgedrängt. Wie wir erfahren, ist diese Abteilung gestern von den Engländern freigegeben worden und befindet sich auf dem Abtransport.

Der Zivilkommissar beim Belagerungszustand.

B. Berlin, 12. April. Der Reichsminister hat eine Aenderung des Belagerungszustandes in Aussicht gestellt. Danach wird von nun an die vollziehende Gewalt nicht mehr vom Militärbefehlshaber, sondern von einem Zivilkommissar ausgeübt werden. Für die Zwischenzeit hat der Minister bereits eine bantenswerte Neuerung eingeführt. Sämtliche Presseverbote müssen ihm unmittelbar zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Franzosen in Frankfurt.

B. Berlin, 12. April. In Frankfurt ist die Straßensperrstunde von 9 auf 10 Uhr hinausgeschoben „in Anerkennung des ruhigen Verhaltens der Frankfurter."

Im Kohlenschacht getötet.

Bochum, 12. April. Auf der Zeche „Bruchstraße" der Langenbrauer ereignete sich ein schweres Unglück. Als Ursache wird Schlagwetter oder Kohlenstaubexplosion angenommen. 14 Tote und 19 Verletzte, darunter 7 Schwerverletzte, wurden bisher geborgen. Von den 7 Schwerverletzten ist einer in der vergangenen Nacht gestorben.

Die englisch-französische Spannung.

London, 11. April. Nach einer Reutermeldung versichert die britische Antwort auf die französische Note, daß die britische Regierung entschlossen ist, die Durchführung des Friedensvertrages im vollen Zusammenwirken mit den anderen Alliierten zu erzwingen, sie bemerkt jedoch, daß die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten mit der Durchführung des Friedensvertrages nicht zusammenhängen. Es verlautet, daß die französische Antwort (auf die englische Note) das unabhängige Vorgehen der französischen Regierung rechtfertigt und erklärt, Frankreich werde fortan keine Aktion unternehmen, zu der es nicht vorher die Zustimmung der Alliierten erhalten hat. — Der britische Premier Lloyd George soll vorläufig den Entwurf, in denen deutsche Angelegenheiten beraten werden, nicht beiwohnen, da solche Konferenzen wertlos seien, so lange einer der Alliierten unabhängig von den übrigen handelt.

Paris, 11. April. Havas meldet, daß Ministerpräsident Millerand gestern nachmittag Lord Derby die Antwort der französischen Regierung auf die englische Note übergeben hat. Am Dienstag wird er in der Kammer über die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und England sprechen.

Die Bodenbesitzerfrage in Italien.

ep. **Rom**, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach längeren erregten Aussetzungen hat der Nationalkonvent der katholischen Volkspartei in Neapel mit 106 000 gegen 76 000 Stimmen den Antrag der extrem-sozialistischen Richtung auf Enteignung des Bodenbesitzes abgelehnt.

Belagerungszustand in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. Laut „Times" ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden fünf Juden und vier Mohammedaner getötet, fünf Juden, 22 Mohammedaner und zwei Christen verwundet.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

ep. **Newyork**, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich verschärft. Zahlreiche Personenzüge mußten eingestellt werden. Der Mangel an Lebensmitteln infolge des Streiks macht sich bereits fühlbar.

Kunst und Wissenschaft.

* **Stadttheater**, (Georg Büchner: „Woyzeck".) Die literarische Schatzgräberei unserer Tage, um so tiefer schürfend, je mehr die zeitgenössische Produktion taubes Gestein fördert, tilgt eine alte Schuld der Dankbarkeit. Auch Georg Büchner (1813—1837), älterer Bruder des als Verfasser von „Kraft und Stoff" bleischwer genannten naturwissenschaftlichen Schriftstellers Ludwig B., literarisch in die Front des „jungen Deutschland" einzureihen, gegen die der Bundestag das schwerste Verbotsgesetzlich in Stellung brachte, hat Forderungen an die Anerkennung der Nachwelt. Sehr gut begläubigte Forderungen, deren rechtzeitige Geltendmachung der frühe Tod des jungen hessischen Dichters verhinderte. Die Werke, die Gerhard Hauptmann seit Zeit vorausbestimmer Feuergeist geschaffen hat, sind erst in unseren Tagen in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden; das Trauerspielfragment „Woyzeck" im besonderen kennt man erst seit der Uebertragung des schwer leserlichen Manuskripts durch Karl Emil Franzos, den Schöpferer von „Halb-Asien". Was den Verfasser Schriftzügen mag es wie mit feurigen Zungen geredet haben . . . Die Geschichte Woyzecks, dessen Urbild ein im Jahre 1821 in Leipzig wegen Ermordung seiner Geliebten Gerichteter sein soll, behandelt das Schicksal eines Mißhelligen und Beladenen, eines Menschen, dem die Gesellschaft auf der Stirn geschrieben steht und das Bewußtsein dieses lähmenden Druckes zur wuchtenden Anklage gegen das Schicksal wird. Noch nie seit den Tagen Schillers ist jene Anklage so vernehmlich erklungen, wie in den Worten des Offizierskurschen Woyzeck zu seinem über mangelnde Moral klagenden Hauptmann: „Unsereins ist doch einmal unselig in dieser und der anderen Welt! Ich glaub', wenn wir in den Himmel kämen, wir müßten donnern helfen." Einmal aber wird die trübe Resignation zur Tat, kommt aus dem philosophierenden Empfinden die Tat des Ungeheuren: das ist, als Woyzeck von der Untreue seiner Marie überzeugt wird. Das leidenschaftliche Mädchen fällt einem Tambourmajor, der sich als Kräftiger Herrmarbas aufspielt, zum Opfer und verbrüdert dieser unter dem rächenden Messer des Gekränkten, den seinerseits die folternde Reue ins Wasser treibt.

Typen von verblüffender Echtheit, um so echter, als die Sprache der Handelnden überall volle Natürlichkeit atmet, ziehen am Auge vorüber. Ein leicht zum Personenkultus werdender Uebermenschentum hat in Büchner den deutschen Shakespeare gehen wollen. Verglichen hinkt. Aber auch ohne diese bleibt das lose Szenengefüge, das sich nur schwer in den gewohnten Theater-Rahmen spannen läßt, ein Markstein auf dem Wege zur Entwicklung des deutschen Dramas, ein lebendiger Verspiel naturalistischer Kunst. Der Eindruck verstärkte die mit sachlicher Liebe vorbereitete gestrige Mittagsvorstellung, die, von Dr. Groß geleitet, mit der ohne Pause durchgeschlossen Vorführung der 20 (!) Szenen und Szenchen die äußere Geschlossenheit des Ganzen möglichst zu wahren suchte und bei allen Mängeln des Werkes durchweg vorzüglich Unterhaltung der dichterischen Absichten fand. Insbesondere erhoben sich Krabes Woyzeck, Frl. Sentens Marie, Bachs Tambourmajor zu Bildern von überzeugender Wirkung.

Die Vorstellung, der ein einleitender Vortrag Privatdozent Dr. Lieges über Geschichte und Bedeutung des „jungen Deutschland" vorangegangen war, wies nur schwachen Besuch auf. Zu mächtig lockte draußen der unvergleichliche Regiefrühling Frühling mit seinem schimmernden Wunderglanz. E.

*

Sonnabend findet unter Leitung von Prof. Alfred Rahlwes das zweite Konzert des Händelvereins statt. Aufgeführt wird Beethovens „Missa solemnis" für Soli, Orchester und Orgel. Sonntag nachmittag als Volksvorstellung die kleinen Preisen „Rora", abends „Der Wildschütz".

* **Berliner Theater**. Man schreibt uns aus Berlin: Karl Sternheim schrieb im Winter 1913/14 ein Schauspiel voll eigener Provokate. Er nannte dieses Werk, in dem sommende Schicksale eines Volkes auftauchen, „Napoleon". Es ist bezeichnend für die Zeit, daß dieses Werk, das in Deutschland nur Ablehnung fand, in Frankreich, Holland und Amerika Aufführungen erlebte.